

Michael Anderheiden

Gemeinwohl in Republik
und Union

Mohr Siebeck

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
Kapitel 1: Gemeinwohl: Annäherungen an einen Begriff	5
Kapitel 2: Gemeinwohl als Begriff des Verfassungsrechts	49
Kapitel 3: Grundrechte und Gemeinwohl	67
Kapitel 4: „Kollektive Güter“	110
Kapitel 5: Kollektive Güter im Grundgesetz und im europäischen Primärrecht	144
Kapitel 6: Allgemeines Prinzip für kollektive Güter notwendig?	173
Kapitel 7: Das Republikprinzip des Grundgesetzes als dieses allgemeine Prinzip	218
Kapitel 8: Die Stellung des Republikprinzips im Grundgesetz	273
Kapitel 9: Beispiel für Wahrnehmung als kollektives Gut: Umwelt	308
Kapitel 10: Zweites Beispiel: Die informierte Öffentlichkeit als kollektives Gut	335
Kapitel 11: Wandel der Wahrnehmung: Infrastrukturverantwortung	373
Kapitel 12: Grenzen des Ansatzes und Zusammenfassung	383
Kapitel 13: Grundrechte und kollektive Güter	397
Kapitel 14: Grundrechtsverstärkung und Grundrechtsverlagerung	419
Kapitel 15: Kollektive Güter, Grundrechte und staatlicher Paternalismus	441
Kapitel 16: Extensionen	466
Kapitel 17: Bereitstellung und Pflege kollektiver Güter	484

Kapitel 18: Die angemessene Beteiligung der Betroffenen	506
Kapitel 19: Verwaltungswissenschaftliche Konsequenzen	524
Kapitel 20: Bereitstellung kollektiver Güter und kollektive Identität	556
Kapitel 21: Konkretisierungen kollektiver Identität	579
Kapitel 22: Globalisierung des Gemeinwohls	613
Kapitel 23: Die Finanzierung kollektiver Güter: Einnahmen.	634
Kapitel 24: Die Finanzierung kollektiver und meritorischer Güter: Ausgaben	653
Kapitel 25: Zusammenfassung	675
Literaturverzeichnis	683
Sachverzeichnis	727

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Einleitung	1

Kapitel 1

Gemeinwohl: Annäherungen an einen Begriff

5

1. Abschnitt: Demokratische Verfahren: Condorcet und Arrow, Dürig und Martens	5
2. Abschnitt: Gewaltenteilung: Hegel, The Federalists und Uerpmann ..	13
3. Abschnitt: Gesellschaftliches Gemeinwohl: „Karneades Planke“, abgewandelt	22
4. Abschnitt: Gemeinschaftsbestimmtes Gemeinwohl: Blumenberg und Scherzberg	25
5. Abschnitt: Daseinsvorsorge als staatsbestimmtes Gemeinwohl: Von Hegel zur Forsthoff-Schule	30
6. Abschnitt: Individualistisches Gemeinwohl und Effizienz: Aristoteles, Pareto und Frankfurt	37
7. Abschnitt: Vom Gefangenendilemma zum Holismus	43
8. Abschnitt: Zusammenfassung und Auseinandersetzung mit Luhmanns Generalvorbehalt	46

Kapitel 2

Gemeinwohl als Begriff des Verfassungsrechts

49

1. Abschnitt: Möglichkeiten theoretischer Aufarbeitung	49
2. Abschnitt: Gemeinwohl und öffentliche Interessen	53
3. Abschnitt: Der Ausgangspunkt der weiteren Untersuchung	55
4. Abschnitt: Verrechtlichungsoptionen für das Gemeinwohl	57
5. Abschnitt: Ein Blick nach vorn: Die Bestandteile des Gemeinwohls ..	58
6. Abschnitt: Methodologische Notiz	65

Kapitel 3

Grundrechte und Gemeinwohl

67

1. Abschnitt: Die Grundrechte des Grundgesetzes	68
§ 1 Interaktive und autarke Freiheitsrechte	68
§ 2 Interaktive Grundrechte als Rechtsinstitutsgarantien zur Förderung des Gemeinwohls	72
§ 3 Handeln zu Lasten Dritter	74
§ 4 Schutzbereichsgestaltungen zum gemeinen Wohl	76
I. Allgemeiner Vorbehalt der friedlichen Grundrechtsnutzung?	76
II. „Friedlichkeit“ in Art. 8 I GG	78
III. Sozialpflichtigkeit des Eigentums	78
IV. Die Förderungen der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	82
V. Das Kindeswohl	84
VI. Der Genehmigungsvorbehalt für Privatschulen	87
VII. Gemeinwohlschädliche „Berufe“?	88
VIII. Fazit	90
§ 5 Spezifische Grundrechtsschranken als Gemeinwohlsicherungen, insbesondere Art. 14 III 1 GG	90
§ 6 Verhältnismäßigkeitsprinzip und Gemeinwohl	96
2. Abschnitt: Grundfreiheiten und Grundrechte auf europäischer Ebene	97
§ 1 Autarke und interaktive Grundfreiheiten?	97
§ 2 Freizügigkeit nach Art. 18 EGV und die Gemeinschaftsgrund- rechte	100
§ 3 Schutzbereichsgestaltungen der Grundfreiheiten durch Cassis de Dijon	103

§ 4 Schutzbereichsbestimmungen der gemeinschaftlichen Grundrechte und die allgemeine Schranke des Art. II-112 EVV	106
§ 5 Spezifische Schrankenregelungen der Grundfreiheiten mit Gemeinwohlausrichtung	108
§ 6 Fazit	109
3. Abschnitt: Zusammenfassung	109

Kapitel 4

„Kollektive Güter“

110

1. Abschnitt: Definitionsansätze	110
§ 1 Elemente einer Definition „kollektiver Güter“	110
§ 2 Bestimmung der rechtsdogmatisch am besten geeigneten Definition	112
2. Abschnitt: Weitere begriffliche und inhaltliche Klärungen	117
§ 1 Kollektive Güter und kollektive Übel	117
§ 2 Zur Verwendung ökonomischen Vokabulars	117
3. Abschnitt: Rationales Eigeninteresse als Voraussetzung „kollektiver Güter“?	118
4. Abschnitt: Kollektive Güter und meritorische Güter („merit goods“) .	123
5. Abschnitt: Verfassungsrechtlich angemessene Abstraktionsebene	127
6. Abschnitt: Das jeweilige Kollektiv des kollektiven Gutes	131
7. Abschnitt: Generelle Kritiken an kollektiven Gütern	132
§ 1 Kollektive Güter verfassungsrechtlich ungeeignet?	133
§ 2 „Kollektive Güter“ begrifflich zweitrangig und ungenau?	134
8. Abschnitt: Potenzial verspielt?	135
§ 1 Zukunftsbezug unmöglich?	136
§ 2 Moralischer Eigenwert des Gemeinwohls aufgegeben?	138
§ 3 Eigeninteresse gegen Gemeinwohl und Ideale?	140
9. Abschnitt: Zusammenfassung	143

Kapitel 5

Kollektive Güter im Grundgesetz
und im europäischen Primärrecht

144

1. Abschnitt: Einzelverbürgungen kollektiver Güter im Grundgesetz . . .	145
§ 1 Konsum rivalisiert nicht	145
§ 2 Begrenzte Ausschlussmöglichkeiten	148
§ 3 Bewertung	150
2. Abschnitt: Versuche der Systematisierung	151
§ 1 Systematisierung durch Gramm	151
§ 2 Kollektives „Supergut“ Sicherheit?	152
§ 3 Systematisierung durch van Parijs	159
§ 4 Fazit: Kein System des Schutzes kollektiver Güter durch Einzelnormen	160
3. Abschnitt: Internationale und globale kollektive Güter	161
4. Abschnitt: Kollektive Güter des EG-Vertrages	163
§ 1 Der Gemeinsame Markt als kollektives „Supergut“ des EG-Rechts?	163
§ 2 Präambel, Art. 2 bis 4 EGV	167
§ 3 Schranken einzelner Grundfreiheiten: Art. 30, 33, 39, 45, 46 und 55 EGV	168
§ 4 Gemeinsame Schranken aller Grundfreiheiten	170
5. Abschnitt: Kollektive Güter in EU-Vertrag und Europäischem Verfassungs-Vertrag	170
6. Abschnitt: Zusammenfassung	172

Kapitel 6

Allgemeines Prinzip für kollektive Güter notwendig?

173

1. Abschnitt: Übersicht über den weiteren Gang der Untersuchung	173
2. Abschnitt: Die Notwendigkeit einer Auffangnorm	175
§ 1 Unbenannte kollektive Güter als verfassungsimmanente Grundrechtsschranken	176
I. Zwei Beispiele aus der jüngeren Verfassungsjudikatur	179
1. Warnungen	179
2. Rechtschreibreform	182

II. Sterns Systematisierung	184
III. Präzisierung	185
IV. Unvollständigkeit und Überschuss der Stern'schen Liste	189
V. Konsequenz: Gemeinwohlbelange müssen allgemein Aufgabe des Staates sein	190
§ 2 Geschlossene Staatsaufgabenlehre als regulative Idee	191
I. Terminologisches und Historisches	191
II. Geschlossene Staatsaufgabenlehre?	193
III. „Negatives“ Vorgehen	196
IV. Dritter Sektor	197
3. Abschnitt: Offenheit für neue Aufgaben und Gemeinwohlvorbehalt . .	199
§ 1 Ansatzpunkt: Legitimer Zweck der Grundrechtseinschränkung . .	199
§ 2 Wirkungen eines allgemeinen Prinzips: Dynamischer Verweis	201
§ 3 Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts	205
§ 4 Parallele zum Gewohnheitsrecht	209
4. Abschnitt: Systematische Grundlegung: Einstandsverantwortung des Staates	211
§ 1 Der Vorschlag: Einstandsverantwortung	211
§ 2 Einstandsverantwortung aus staatlicher Letztverantwortung?	212
§ 3 Individualistische Legitimationen staatlicher Einstands- verantwortung	213
§ 4 Staat als tatsächlich sanktionsberechtigt	214
5. Abschnitt: Zusammenfassung	216

Kapitel 7

Das Republikprinzip des Grundgesetzes
als dieses allgemeine Prinzip

218

1. Abschnitt: Das Sozialstaatsprinzip als Ort des Gemeinwohlprinzips? . .	218
2. Abschnitt: Das materiale Rechtsstaatsprinzip als Ort des Gemeinwohlprinzips?	221
3. Abschnitt: Das Republikprinzip als allgemeine Norm der Bereitstellung kollektiver Güter	225
§ 1 Normatives Verständnis des Republikprinzips im Parlamentarischen Rat	225
§ 2 Vorbehalte gegen die Normativität des Republikprinzips	228
§ 3 Konsequenzen	232

4. Abschnitt: Gegen zwei abweichende Konzeptionen des Republikprinzips	233
§ 1 „Republik“ bedeutet nur „Nicht-Monarchie“	233
I. Negation und Exklusivität als Traditionsbestand?	233
II. Der Republikbegriff in der neueren deutschen Verfassungsgeschichte	234
1. Vor Weimar	234
2. Das Republikprinzip in den Diskussionen um die Reichsverfassung	239
3. Verfassungsändernde Gesetze zum „Schutz der Republik“	242
4. Die Weimarer Verfassungslehre	244
5. Republikprinzip und Nationalsozialismus	250
III. Die Auslegung des Republikbegriffs in der jungen Bundesrepublik ..	253
IV. Systematische Erwägungen	257
V. Zusammenfassung	262
§ 2 Schachtschneiders totalitäre Republik der Nächstenliebe	264
5. Abschnitt: Bedeutung für Republik, Gemeinwohl und kollektive Güter	267
6. Abschnitt: Zusammenfassung	271

Kapitel 8

Die Stellung des Republikprinzips im Grundgesetz

273

1. Abschnitt: Der Grundgedanke	273
2. Abschnitt: Ort und Stellenwert des Republikprinzips im Grundgesetz	273
§ 1 Der Ort des Republikprinzips im Grundgesetz	273
§ 2 Die übrigen „Republik“-Vorschriften des Grundgesetzes	275
I. Derivative Verwendung des normativen Republikverständnisses	275
II. Verwendung von „Republik“ ohne normativen Gehalt	275
§ 3 Keine formalistische Einordnung des Republikprinzips in das Grundgesetz	277
I. Abwertung gegenüber den Grundrechten?	277
II. Abwertung im Verhältnis zu den anderen Staatszielen?	278
3. Abschnitt: Das Republikprinzip des Art. 20 I GG als Staatszielbestimmung	279
§ 1 Einteilungskriterien	279
I. Wirkungsweise und Wirkungsintensität	280
II. Verhältnis von Prinzipien und Optimierungsgeboten	280

§ 2 Auslegung des Republikprinzips als Staatszielbestimmung	285
I. Teleologisch versus deontologisch	285
II. Untermaßverbot versus Optimierungsgebot	286
III. Ergebnis und sonstige Charakteristika des Republikprinzips	289
§ 3 Adressaten des Republikprinzips in Art. 20 I GG	289
4. Abschnitt: Interdependenzen zwischen Demokratie-, Rechtsstaats- und Republikprinzip	293
§ 1 Gemeinsame Basis: die Interessen der freien und gleichen Bürger ..	293
§ 2 Alternativen zur Interpermeabilität von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Republik?	297
§ 3 Insbesondere: Demokratie und Republik	301
§ 4 Untermaßverbot und Gewaltenteilung	302
5. Abschnitt: Sozialstaat und Republik: Gegenseitige Einflüsse	303
6. Abschnitt: Volkssouveränität und die republikanische Forderung nach Inklusion	306
7. Abschnitt: Zusammenfassung	307

Kapitel 9

Beispiel für Wahrnehmung als kollektives Gut: Umwelt

308

1. Abschnitt: Programm der nächsten Kapitel	308
2. Abschnitt: Konkretisierung der Fragestellung	312
3. Abschnitt: Eigenständiger Umweltschutz: das Beispiel der „grünen Gentechnik“	314
4. Abschnitt: Der Schutzbereich der Forschungsfreiheit	315
5. Abschnitt: Überblick über die Einschränkungen der Forschungen zu „grüner Gentechnik“	321
6. Abschnitt: Erste Phase: 1978–1990	322
7. Abschnitt: Zweite Phase: 1990–1994	327
8. Abschnitt: Dritte Phase: Ab 27.10.1994	330
9. Abschnitt: Folgerung	333

Kapitel 10

Zweites Beispiel: Die informierte Öffentlichkeit als kollektives Gut

335

1. Abschnitt: Ausgangslage	335
2. Abschnitt: Die richtige Ebene: Objektives Verfassungsrecht	340
3. Abschnitt: Aufnahme bundesverfassungsgerichtlicher Rechtsprechung	349
4. Abschnitt: Objektivrechtliche Konsequenzen	356
5. Abschnitt: Subjektivrechtliche Konsequenzen	362
6. Abschnitt: Insbesondere: Das Bundesarchivgesetz	367
7. Abschnitt: Ergebnis und Anschlussfrage	371

Kapitel 11

Wandel der Wahrnehmung: Infrastrukturverantwortung

373

1. Abschnitt: Problemaufriss	373
2. Abschnitt: Die Reform des Fernbahnwesens	375
3. Abschnitt: Dogmatische Einordnung: Ausprägung kollektiver Güter..	379
4. Abschnitt: Fazit	381

Kapitel 12

Grenzen des Ansatzes und Zusammenfassung

383

1. Abschnitt: Gegenbeispiel: Tierschutz	383
2. Abschnitt: Problemfall: Das Image der Gemeinde	387
3. Abschnitt: Zusammenfassung und Konsequenzen für den Gemein- wohlvorbehalt gegenüber vorbehaltlos gewährten Grundrechten	393

Kapitel 13

Grundrechte und kollektive Güter

397

1. Abschnitt: Problemaufriss: Zusammenwirken von Grundrechten und kollektiven Gütern	398
§ 1 Übersicht über die Konstellationen	398
§ 2 Die Rolle des Republikprinzips	402
2. Abschnitt: Abgrenzung des Grundrechtsschutzes gegenüber der Bereitstellung kollektiver Güter	404
§ 1 Kollektive Güter nicht auf die Grundrechte Einzelner rückführbar	404
I. Direkt	404
II. Indirekt	407
§ 2 Konkrete Grundrechte Einzelner nicht von kollektiven Gütern umfasst	409
§ 3 Historischer Beleg	412
3. Abschnitt: Zusammenfassung	418

Kapitel 14

Grundrechtsverstärkung und Grundrechtsverlagerung

419

1. Abschnitt: Grundrechtsteilhabe an staatlichen Gewährleistungen	420
2. Abschnitt: Schutzpflichten als Zusammenspiel von Grundrechten und kollektiven Gütern	424
§ 1 Verankerung der Schutzpflichten im Grundgesetz	424
§ 2 Maßstab für Schutz gegen bekannte Dritte	425
§ 3 Schutz vor unbekanntem Dritten	431
§ 4 Schutz vor gesellschaftlichen Missständen	432
§ 5 Schutz vor nicht-menschlich verursachten Gefahren	434
§ 6 Zusammenfassung	437
3. Abschnitt: Tatsächliche Grundrechtsstärkungen	438
4. Abschnitt: Besonderheiten bei Institutionen in Grundrechtsnormen?..	438
5. Abschnitt: Zusammenfassung	440

Kapitel 15

Kollektive Güter, Grundrechte und staatlicher Paternalismus

441

1. Abschnitt: Paternalismus und kollektive Güter	441
§ 1 Ausgangsproblem	441
§ 2 „Paternalismus“	444
§ 3 Formen des Paternalismus und die Bereitstellung kollektiver Güter	447
2. Abschnitt: Paternalismus zugunsten einer unbestimmten Vielzahl von Personen	448
§ 1 Paternalismus kraft überlegenen Könnens und Technologiefolgendefizit	449
§ 2 Paternalismus kraft überlegenen Wissens und Informationsdefizit	451
§ 3 Paternalismus kraft überlegener Motivation und Teilbarkeitsdefizit	455
§ 4 Zusammenfassung und Konsequenzen	460
3. Abschnitt: Paternalismus nur zu Gunsten einzelner Grundrechtsträger?	461
4. Abschnitt: Paternalismus, Republikprinzip und Menschenwürde	462
5. Abschnitt: Zusammenfassung	464

Kapitel 16

Extensionen

466

1. Abschnitt: Innerstaatlich	466
§ 1 Das kollektive Gut „System des Grundrechtsschutzes“	466
§ 2 Das kollektive Gut „Wissen um die Möglichkeit gesellschaftlicher Selbstorganisation“	469
§ 3 Kollektive Güter auf Länderebene und im Föderalismus	471
§ 4 Art. 79 III GG in diesem Zusammenhang	473
2. Abschnitt: In Europa	474
§ 1 Verstärkung des Grundrechtsschutzes durch kollektive Güter ...	474
§ 2 Schiedsrichterfunktion kollektiver Güter in der Abwägung kollidierender Grundrechte und Grundfreiheiten?	477
3. Abschnitt: Ergebnis	482

Kapitel 17

Bereitstellung und Pflege kollektiver Güter

484

1. Abschnitt: Bereitstellung versus Pflege kollektiver Güter	485
2. Abschnitt: Privatisierungshinweise durch kollektive Güter?	489
3. Abschnitt: Das Amt in der Republik	493
§ 1 Amtsprinzip, Gemeinwohl und Demokratie	493
§ 2 Amtsprinzip und Amtsethos	500
4. Abschnitt: Ergebnis	505

Kapitel 18

Die angemessene Beteiligung der Betroffenen

506

1. Abschnitt: Die Beteiligung der Betroffenen	506
§ 1 Inklusionsforderungen in kollektiven Gütern	507
§ 2 Der Kreis der Betroffenen und die Notwendigkeit von Praxisregeln	508
§ 3 Gewaltenteilung als Praxisregel der Inklusion	509
I. Vertikale Gewaltenteilung	510
II. Temporale Gewaltenteilung	512
III. Horizontale Gewaltenteilung	512
§ 4 Zusammenfassung	515
2. Abschnitt: Institutionalisierte Beteiligung	515
§ 1 Politische Parteien	516
§ 2 Die Medien	520
§ 3 Bundesrat, Enquete-Kommissionen	521
§ 4 Petitionsrecht	522
§ 5 Zusammenfassung	523

Kapitel 19

Verwaltungswissenschaftliche Konsequenzen

524

1. Abschnitt: Vorgaben der Konkretisierung	524
§ 1 Der angemessene Erwartungshorizont	524
§ 2 Das Vier-Phasen-Modell	526
2. Abschnitt: Ansatzpunkte der Konkretisierung	527
§ 1 Normen	527
§ 2 Personen	532
I. Öffentliche Stellen	533
II. Aufgabenerledigung durch Private	536
III. Einbeziehung der Betroffenen	539
§ 3 Organisation und Verfahren	541
I. Mögliche Organisationsmodelle	541
II. Outsourcing und Kontrolle	542
III. Auswahl der Organisationsform	544
IV. Koordination	545
§ 4 Handlungsformen	549
3. Abschnitt: Zusammenführung und Konsequenzen	553

Kapitel 20

Bereitstellung kollektiver Güter und kollektive Identität

556

1. Abschnitt: Ist ein weitergehendes Gemeinwohlkonzept geboten?	556
§ 1 Stand und Ausblick	556
§ 2 Gemeinwohl als Produkt öffentlicher und privater Interessen? ...	558
§ 3 Gemeinwohl der Allgemeinen Staatslehre	561
§ 4 Ökonomische Effizienz und Gemeinwohl	563
§ 5 Das Bewusstsein von der Garantenstellung von Staat und Europäischen Gemeinschaften/Europäischer Union als kollektives Gut	566
2. Abschnitt: Kollektive Identität als kollektives Gut?	568
§ 1 „Kollektive Identität“	569
§ 2 Inhaltsunabhängiges Bewusstsein kollektiver Identität als kollektives Gut?	571
§ 3 Inhalte kollektiver Identität als kollektives Gut	573
3. Abschnitt: Zusammenfassung	577

Kapitel 21

Konkretisierungen kollektiver Identität

579

1. Abschnitt: „Nach Karlsruhe gehen“ – Nach Luxemburg oder Straßburg gehen?	580
2. Abschnitt: Präambel als Ausdruck einer „großen Erzählung“	583
§ 1 Verantwortung vor Gott	584
§ 2 Verhältnis zu Europa und den Nachbarn	586
§ 3 Deutschland und seine Länder	587
§ 4 Wiedervereinigung als Kulminationspunkt der neueren deutschen Verfassungsgeschichte	588
§ 5 Dienst am Frieden der Welt	589
§ 6 Grundgesetz als deutsche Verfassung: Ende des Provisoriums ...	590
§ 7 Verfassungsgebende Gewalt des Volkes	591
§ 8 Bewertung und Seitenblick auf die europäischen Präambeln	592
3. Abschnitt: Nichtmonarchie	593
4. Abschnitt: Staatssymbole als Mittel der Bewusstseinsförderung	599
§ 1 Ziele	599
§ 2 Flagge	600
§ 3 Hymne	601
§ 4 Andere Symbole	603
§ 5 Fazit	604
5. Abschnitt: Mitgestaltung Europas und Weltoffenheit	605
6. Abschnitt: Religiöse Offenheit	606
7. Abschnitt: Das Ringen um Identität als Prozess	609
8. Abschnitt: Menschenwürde und Sozialstaatlichkeit	610
9. Abschnitt: Zusammenfassung	611

Kapitel 22

Globalisierung des Gemeinwohls

613

1. Abschnitt: Einleitung	613
2. Abschnitt: Grenzüberschreitende Aspekte kollektiver Güter	614
§ 1 Internationalisierung begrifflich gefordert	615
§ 2 Effizienz als Kriterium für die Bereitstellung kollektiver Güter ...	616

XXIV	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	
3. Abschnitt: Das Inklusionsproblem: Prozedurale oder materiale Lösung?		617
4. Abschnitt: Staatszentriertes Gemeinwohl im Völkerrecht		620
5. Abschnitt: Die Alternative: Global Public Goods		621
§ 1 Frühe Ansätze		621
§ 2 Neuere völkerrechtsdogmatische Entwicklungen		623
§ 3 Bewertung		629
§ 4 Ein Blick auf globale meritorische Güter		631
6. Abschnitt: Zusammenfassung: Integrationsfaktor kollektive Güter ...		633

Kapitel 23

Die Finanzierung kollektiver Güter: Einnahmen

634

1. Abschnitt: Steuern als typische Finanzierung kollektiver Güter		635
§ 1 Steuerstaat und Republik		635
§ 2 Vergleich mit zwei alternativen Modellen		636
§ 3 Steuerfinanzierte Gemeinschaftsziele, insbesondere Lenkungssteuern		639
2. Abschnitt: Gebühren, Beiträge und Sonderabgaben zur Finanzierung kollektiver Güter		641
3. Abschnitt: „Gemeinnützigkeit“ als Steuerungsinstrument		644
§ 1 „Gemeinnützigkeit“		644
§ 2 Verzerrungen		647
4. Abschnitt: Zusammenfassung		652

Kapitel 24

Die Finanzierung kollektiver und meritorischer Güter: Ausgaben

653

1. Abschnitt: Die optimale Menge kollektiver Güter nach ökonomischen Kriterien		653
§ 1 Probleme der Präferenzermittlung		653
§ 2 Probleme der Umsetzung von Präferenzen		655
§ 3 Gesellschaftliche Vorbehalte		659

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XXV
2. Abschnitt: Gesamtverschuldung und Haushaltsgleichgewicht		659
§ 1 Ausgeglichener Haushalt		661
§ 2 Maßvolle Staatsverschuldung		662
§ 3 Europarechtlicher Einfluss		665
3. Abschnitt: Neubewertung durch das europarechtliche Beihilfeverbot?		666
§ 1 Ausgangspunkt: Art. 87 EGV		667
§ 2 Kollektive Güter im Anwendungsbereich des Art. 86 II EGV		670
§ 3 Konsequenzen		672
4. Abschnitt: Zusammenfassung		673

Kapitel 25

Zusammenfassung

675

Literaturverzeichnis		683
Sachverzeichnis		727